

gen, dass das Land – genauso wie andere Länder auch – in Verantwortung tritt und eine Spitzabrechnung vornimmt.

Der Kollege Abruszat hat heute etwas ganz Wichtiges angesprochen, nämlich das Wort „Konnexität“. Das bedeutet, die Verantwortung dort anzusiedeln, wo sie politisch hingehört. Da sind wir bei Ihnen. Auch wir sind der Auffassung, dass der Bund Verantwortung übernehmen muss. In der Tat müssen die Verfahren schneller und kürzer werden; sie müssen konzentrierter durchgeführt werden. Beispiele sind hier hinreichend genannt worden.

Es heißt aber auch, dass sich das Land in die Verpflichtung nehmen lassen muss. Es kann nicht richtig sein, dass wir Asylsuchende schon nach zwei Wochen – am Anfang waren es zwei oder drei Tage, jetzt sind wir immerhin bei zwei Wochen, wofür wir auch schon dankbar sind – in die Kommunen weiterreichen, teilweise ohne dass die entsprechenden Voraussetzungen – wie zum Beispiel gesundheitliche Untersuchungen, Erstantragsabfertigung usw. usf. – erfüllt sind.

Denn das Problem, das in den Kommunen entsteht, ist, dass dort natürlich mit der Zeit ein Integrationsprozess stattfindet – je länger diese Verfahren laufen, desto stärker wird dieser Integrationsprozess –, und es dann ebenso natürlich immer schwieriger wird, mit denjenigen umzugehen, deren Asylanträge abgelehnt werden. Es ist hier und heute nicht meine Aufgabe, den Asylartikel der Verfassung zu hinterfragen. Aber dort ist von politischer Verfolgung die Rede. Deshalb sind wir sehr dafür, dass ein rechtsstaatliches Verfahren durchgeführt wird, das zu entsprechenden Ergebnissen führt.

Das heißt auch, dass man mit denjenigen, die kein Asyl bekommen, entsprechend umgehen muss. Das heißt im Umkehrschluss, dass man die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit den 33.000 abgelehnten Asylbewerbern – die weiterhin bei den Kommunen kostenmäßig hinterlegt sind – nicht im Regen stehen lassen darf.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Deshalb ist diese Zahl, Herr Jäger, hier bewusst angesprochen worden. Ich denke, da sollten sowohl das Land als auch der Bund finanzielle Verantwortung übernehmen, damit die Kommunen dieser ihrer Aufgabe nachkommen können.

Ich freue mich daher auf die gemeinsame Diskussion in den nun hier zu beauftragenden Ausschüssen und bin sicher, dass wir diese Dinge inhaltlich sehr intensiv diskutieren werden. Ich hoffe, dass wir am 18. Juni 2015 ein gutes Ergebnis für unser Land – aber bitte auch für unsere Kommunen – erzielen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/8639** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Integrationsausschuss** sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe auf:

#### **4 Einrichtung einer Enquete-Kommission „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gestalten – Qualifikation und Fachkräftenachwuchs für Handwerk 4.0 sichern, Chancen der Digitalisierung nutzen, Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit stärken“**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/8652

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion als erstem Redner Herrn Kollegen Bombis das Wort.

**Ralph Bombis (FDP):** Ganz herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! 200.000 Betriebe, 100 Milliarden € Umsatz, deutlich mehr als 1 Million Beschäftigte – das ist das Handwerk hier in Nordrhein-Westfalen. Eine erstklassige duale Ausbildung und damit ein hervorragender Berufseinstieg für 85.000 junge Menschen, eine darauf aufbauende Qualifizierung – besonders zu nennen ist natürlich der Meisterbrief – und damit einer der Wege zu Wohlstand und gesellschaftlichem Aufstieg in unserem Land – auch das ist das Handwerk in Nordrhein-Westfalen.

Aber die gesellschaftliche Bedeutung des Handwerks geht weit darüber hinaus. Unsere in den Städten und Kommunen verhafteten Betriebe des Handwerks und des Mittelstand bedeuten unternehmerisches und bürgerschaftliches Engagement – vor Ort. Sie bedeuten ehrenamtlichen Einsatz für Aus- und Fortbildung sowie in der Selbstverwaltung der Wirtschaft – vor Ort. Und sie bieten jungen Menschen Zukunfts- und Karriereperspektiven – vor Ort.

(Beifall von der FDP)

Ohne das Handwerk wäre Nordrhein-Westfalen insgesamt weniger stark. Es wäre weniger vielfältig. Es wäre einfach ärmer. Wegen dieser Bedeutung des Handwerks gehört es auch in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit.

Aus Sicht der FDP-Fraktion sollten wir dabei die Ebene der Alltagspolitik durchaus einmal verlassen, denn derzeit sind, wie wir alle wissen, gewaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbruchprozesse im Gange. Die fortschreitende Digitalisierung und der demografische Wandel sind zwei der hierbei entscheidenden Stichworte. Wir sind davon überzeugt und sehen es bereits heute, dass sich diese Prozesse massiv auf die Wettbewerbsfähigkeit von Handwerk und Mittelstand auch hier bei uns in Nordrhein-Westfalen auswirken werden.

Diese Herausforderungen gebieten es nach unserer Auffassung, dass wir einmal stärker eine längerfristige Perspektive einnehmen, dass wir vielleicht auch einmal querdenken und dass wir im Austausch mit Experten aus dem Handwerk, aber ausdrücklich auch darüber hinaus Ansätze finden, um jenseits dieses Alltagsgeschäfts Ideen zu formulieren, der Bedeutung von Handwerk und Mittelstand mittel- und langfristig gerecht zu werden. Dann können aus diesen Herausforderungen auch mehr Chancen entstehen, als Risiken real werden müssen.

Ich will kurz zwei Punkte nennen, die aus meiner Sicht hierbei eine zentrale Rolle einnehmen werden; Sie kennen sie alle. Zunächst ist die Nachwuchsproblematik zu nennen. Dem Handwerk fehlt schon heute eine signifikante Menge an Fachkräften. Das schwächt nicht nur die Betriebe in ihrer täglichen Arbeit, es vermindert auch die Zahl der möglichen Kandidaten, die einen der Tausenden von Betrieben, die in den nächsten Jahren zur Übergabe anstehen, weiterführen können. Hierin liegen Risiken für die Altersvorsorge der betroffenen Menschen, aber darüber hinaus besteht auch die Gefahr eines Verlustes von beachtlichen Vermögenswerten und Wertschöpfungspotenzialen für unsere Wirtschaft insgesamt.

Wenn es uns aber gelingt, Wege aufzuzeigen, um zum Beispiel mehr Frauen, mehr Migranten, mehr Menschen, die sich zunächst für andere Berufe entschieden haben, im Handwerk zu beschäftigen, wenn neue Formen der Kooperation von Betrieben gefunden und begleitet werden können, dann werden auch zukünftig die Betriebe, die diese mittelständische Struktur in NRW bilden, eine beachtliche Bedeutung haben können.

Ich will einen zweiten Punkt nennen: die Digitalisierung. Unter dem Stichwort „4.0“ ist diese inzwischen im Bereich der Industrie in aller Munde. Diesbezüglich verweise ich auf das diesjährige Motto der Hannover Messe.

Diese revolutionären Umwälzungsprozesse werden aber auch gewaltige Auswirkungen auf Handwerk

und Mittelstand haben. Ein plakatives Beispiel hierfür kennen wir ebenfalls alle: Das ist der 3D-Drucker, der bestimmte Handwerkerleistungen perspektivisch überflüssig machen wird, der aber auch Perspektiven und Chancen für das Handwerk und seine Angebote schaffen kann, zum Beispiel durch eine hohe Expertise, die nicht überflüssig wird, durch Wiedergewinnung von Wertschöpfung, die vielleicht schon aus Deutschland abgewandert war, oder auch als teilweise Kompensation für den angesprochenen Fachkräftemangel.

Es wird darauf ankommen, notwendige Voraussetzungen zu schaffen. Es wird darauf ankommen, notwendige Weichenstellungen in der Bildungspolitik vorzunehmen, Strukturen vorzuschlagen, die auch zukünftig in der Lage sind, sich einer schneller wandelnden Umgebung anzupassen.

(Beifall von der FDP)

Deswegen schlägt die FDP-Landtagsfraktion die Einsetzung einer Enquetekommission vor, die sich mit der Zukunft von Mittelstand und Handwerk in Nordrhein-Westfalen befasst. In den verbleibenden knapp zwei Jahren sollen die großen Chancen und Herausforderungen für das Handwerk in Nordrhein-Westfalen identifiziert und detailliert analysiert und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, um zukunftssicher die Ausbildung und die Qualifizierung zu gestalten, um zukunftssicher den Fachkräftenachwuchs und die Unternehmensnachfolge sowie die Wettbewerbsfähigkeit mit Blick auf die Digitalisierung und Weiteres mehr gestalten zu können.

Aus Sicht unserer Fraktion wäre eine Enquetekommission für diese Thematik nicht nur dringend erforderlich, sondern sie würde auch das Handwerk in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken, was dieser Wirtschaftszweig dringend verdient. Ich wäre für die Unterstützung der Fraktionen für diesen Vorschlag sehr dankbar. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Thiel.

**Rainer Christian Thiel (SPD):** Herr Präsident! Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Antrag der FDP wird heute die letzte Enquetekommission dieser Wahlperiode eingesetzt mit dem Titel „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gestalten“. Weiter heißt es: „Qualifikation und Fachkräftenachwuchs für Handwerk 4.0 sichern, Chancen der Digitalisierung nutzen, Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit stärken“. Man merkt schon am Titel: Daraus spricht ein hohes Zutrauen in staatliches Handeln. Dass dies von der FDP kommt, ist nur zu begrüßen.

Dass sich der Landtag des Themas „Handwerk“ annimmt, ist ebenfalls zu begrüßen. Zu Recht wird im Einsetzungsantrag auch auf die wichtige Rolle von Handwerk und Mittelstand für Wirtschaft und Gesellschaft hingewiesen. Schon frühzeitig hat die rot-grüne Landesregierung darum die Handwerksinitiative NRW ins Leben gerufen mit dem Ziel, Fördermaßnahmen des Landes und des Handwerks weiterzuentwickeln. Schließlich leistet das Handwerk einen stetigen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Umsetzung der Energiewende.

Fördermittel von 20 Millionen € unterfüttern die Handwerksinitiative. Das wurde seinerzeit folgendermaßen begrüßt: „Ein positives Signal für das Handwerk, ja, gar eine Liebeserklärung“, nannte Prof. Wolfgang Schulhoff, Präsident des NRW Handwerktages, 2011 das Neunpunkteprogramm der Landesregierung, das unter anderem die Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Handwerk in NRW vorsieht, die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Fokus hat, die Stärkung der Innovation und der kreativen Potenziale im Handwerk fördern will und das die Bündelung und Abrundung von Konzepten und Initiativen, die sich mit Handwerk befassen, zum Ziel hatte.

Die Zukunftsinitiative Handwerk NRW 2.0 griff dies auf und setzte die Arbeit 2013 fort. Dabei wurden folgende zentrale Handlungsfelder benannt: Chancen der Globalisierung, Bewältigung des demografischen Wandels, Konsequenzen der Energiewende, Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik, Professionalisierung von Klein- und Kleinstunternehmen. Das alles geschah vor dem Hintergrund – Sie sagten es auch, Herr Bombis – dramatischer Änderungen im Handwerk, angesichts der Probleme bei der Fortsetzung von Betriebsführungen oder bei der Qualifizierung. Die Welt ringsherum ändert sich. Auf das alles müssen wir uns einstellen.

Die FDP legt nun einen Schwerpunkt auf das Thema „Handwerk 4.0“ sowie auf die Bereiche Qualifikation, Ausbildung und Fachkräfte. Ob wir tatsächlich einen ungesunden Akademisierungstrend haben, wie es in Ihrem Antrag heißt, oder woran es liegt, dass immer weniger Betriebe ausbilden, wie das Problem zu lösen ist, dass 37.000 Ausbildungsplätze im Jahr 2014 unbesetzt blieben, aber 21.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz fanden – das sollten wir sorgfältig und ernsthaft miteinander diskutieren. Wir sollten vielleicht auch ein bisschen schärfer trennen zwischen Handwerk und Mittelstand, um zu passgenaueren Ergebnissen zu kommen.

Diese Enquetekommission steht unter einem enormen Zeitdruck. Keine vollen zwei Jahre stehen uns mehr zur Verfügung. Am Ende unserer Arbeit werden wir uns alle miteinander schon im Wahlkampf befinden. Gestern wurde die Arbeit der Enquetekommission zur Zukunft der chemischen Industrie

Nordrhein-Westfalens abgeschlossen und feierte ihren feierlichen Abschluss hier nebenan in der Villa Horion.

Als diese Enquetekommission eingesetzt wurde, befürchteten manche das Ende der Chemieindustrie in Nordrhein-Westfalen. Das Gegenteil war der Fall: Ein fundiertes, an der Sachlichkeit und Fachlichkeit ausgerichtetes Ergebnis, das einstimmig zu 58 Handlungsempfehlungen kam, wurde allgemein gewürdigt und gerade von der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen als wichtiger Beitrag für ihre zukünftige Entwicklung anerkannt. Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen hat die Einrichtung einer Enquetekommission mit einem solchen Ergebnis am Ende ebenfalls verdient. Ich kann mir, ehrlich gesagt, auch nicht vorstellen, wer denn da ein Minderheitenvotum abgeben will.

Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit in dieser Enquetekommission, an deren Ende stehen soll: Soll das Werk den Meister loben...

Auf gutes Gelingen!

(Beifall von der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Thiel. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Spiecker das Wort.

**Rainer Spiecker (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es ist guter Brauch in diesem Hause, jedem Antrag zur Einrichtung einer Enquetekommission zuzustimmen. Umso schöner, wenn – wie im vorliegenden Fall – ein Thema gewählt wird, das tatsächlich von besonderer Bedeutung für unser Land ist. Das Handwerk ist mit über 1,1 Millionen Erwerbstätigen und mit mehr als 100 Milliarden € Jahresumsatz die Wirtschaftsmacht von nebenan in unserem Land.

Das Handwerk ist vor allem ein Wirtschaftszweig mit eigener Kultur. Diese Kultur zeichnet sich durch individuelle Produkte und Dienstleistungen von hoher Qualität aus, basierend auf Tradition und Handwerk. Das Handwerk ist vor Ort verwurzelt und verknüpft daher sein wirtschaftliches Handeln mit gesellschaftlicher Verantwortung für die Region. Das Handwerk ist damit das Musterbeispiel für unser Verständnis von sozialer Marktwirtschaft. Deshalb ist es wichtig, dass wir für die Handwerksbetriebe in unserem Land gute Rahmenbedingungen schaffen und erhalten.

Der vorliegende Antrag zeigt die wesentlichen Herausforderungen, vor denen das Handwerk in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren steht. Es macht Sinn, in einer Enquetekommission gemeinsam mit dem Handwerk Antworten auf diese Herausforderungen zu suchen.

Im Übrigen kann ich mir nur wenige andere Themen vorstellen, die für eine auf Konsens angelegte En-

quetekommission geeigneter sind als das Thema „Handwerk“. Es ist gute Tradition in diesem Hause, bei Belangen des Handwerks den Konsens aller Fraktionen zu suchen und zu finden. Ich erinnere zum Beispiel an unsere gemeinsame Beschlussfassungen zu den Themen „Meisterbrief“, „Europäische Semester“ oder an den Einsatz von Landtag und Landesregierung beim Thema „Handwerkerparkausweise“. Bei so viel Konsenserfahrung, wie wir sie beim Thema „Handwerk“ bisher haben, sollte diese Enquetekommission sehr harmonisch und effizient arbeiten.

Lassen Sie mich kurz etwas zum Thema „Effizienz der Arbeit“ sagen, die hier besonders notwendig sein wird: Normalerweise haben Enquetekommissionen zwei Jahre Zeit für ihre Arbeit. Wir wählen aber in knapp zwei Jahren einen neuen Landtag. Der Bericht dieser Enquetekommission muss deshalb Weihnachten 2016, spätestens Anfang 2017 fertig sein. Das bedeutet, dass alle inhaltlichen Arbeiten bis Herbst 2016 erledigt sein müssen. Das heißt: Für die eigentliche Arbeit bleiben gerade einmal 18 Monate.

Wir können uns deshalb keine langen Debatten über das Arbeitsprogramm, über zu vergebende Gutachten und durchzuführende Expertengespräche erlauben. Wir müssen schnell in die eigentliche Arbeit starten, damit diese Enquetekommission den berechtigten Erwartungen dieses Parlaments und vor allem der Handwerker in unserem Land gerecht wird. Ich werbe daher ausdrücklich dafür, die Sommerpause zu nutzen, um uns über das Arbeitsprogramm zu verständigen.

Damit das gelingt, sollten wir uns bei der Erarbeitung des Programms auf die Themen beschränken, die im Fragenkomplex des Antrags aufgeführt werden: Digitalisierung und Fachkräftesicherung. Lassen Sie uns zügig an die Arbeit gehen und auf der Grundlage des vorgelegten Fragenkatalogs unser Arbeitsprogramm entwickeln. Sicherlich werden wir die Fragen noch ein wenig ergänzen müssen, wenn „Handwerk 4.0“ eine Erfolgsgeschichte werden soll, zum Beispiel durch das Thema „Lerninhalte der dualen Ausbildung ändern“. Oder die Frage: Welche Chancen bieten Digitalisierung und Automatisierung beim Arbeitsschutz und dabei, die Arbeitskräfte von Handwerkern vor dem Hintergrund der Fachkräftelücke länger zu halten?

Liebe Kollegen und Kolleginnen, die CDU-Landtagsfraktion wird ihren Beitrag zu dieser Enquete sehr gerne leisten. Wir stimmen diesem Antrag daher ausdrücklich zu. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Spiecker. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen erteile ich Frau Kollegin Dr. Beisheim das Wort.

**Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch diese letzte Enquete der aktuellen Wahlperiode, über die wir heute beschließen werden, hat wahrlich kein sogenanntes Orchideenthema zum Inhalt. Die Bedeutung von Mittelstand und Handwerk für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wurde durch meine Vorredner bereits gewürdigt, und deshalb möchte ich direkt ohne Einleitung auf den Antrag eingehen.

Der Untersuchungsrahmen wird durch den Einsetzungsbeschluss vorgegeben, und die aufgeführten Themen sind hoch spannend. Dazu gehören: Gründungsförderung, Unternehmensnachfolge, Finanzierung, Schaffung von Geschäftsfeldern vor dem Hintergrund der Megatrends wie demografischer Wandel, Digitalisierung der Wirtschaft, Klimawandel, Ressourcenwende, Mobilität – insgesamt ein großer Strauß, dem man sich hier widmet, der existenzielle Zukunftsfragen des Handwerks und des Mittelstandes betrifft.

Es ist gut, dass es die Arbeit einer Enquete ermöglicht, jenseits von politischen Grundsatzfragen die richtigen Antworten zu ermitteln. Dass dies gelingen kann – Herr Thiel, der mit mir in der Chemie-Enquete gearbeitet hat, hat es bereits gesagt, und auch Kollege Brockes hat zustimmend genickt –, hat die Arbeit der Chemie-Enquete gezeigt. Wir sollten uns für die Herangehensweise und die Methodik dort das eine oder andere anschauen, um bei den Debatten über Rahmenbedingungen oder die Art und Weise, wie man zu Lösungen kommen kann, keine Zeit zu verlieren.

Insgesamt wird man sich darauf verständigen müssen, welche Fragestellungen von allgemeiner Bedeutung sind und wo der für das Handwerk richtige Fokus liegt. Denn sicherlich wird am Ende wie – in allen anderen Enquetekommissionen dieses Landtags – die Zeit sehr knapp werden. Mein Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, dass die Zeit besonders für diese Enquete sehr knapp werden wird, weil die Landtagswahlen 2017 letzten Endes der zeitbestimmende Faktor sein werden.

Es wäre schade, wenn wir erkennen müssten, dass wir aus Zeitmangel wichtige Zukunftsfragen nicht behandeln konnten. Mit einem kleinen Augenzwinkern sei gesagt: In dem vorliegenden Antrag wurden bereits Ableitungen angedeutet wie falsche Rahmenbedingungen oder eine überbordende Bürokratie. Aber ich kann Ihnen sagen: Am Ende einer Enquete macht diese Enquete auch etwas mit einem persönlich, und manche Dinge, die Sie heute aus einer ganz bestimmten FDP-Blickrichtung sehen, werden sich am Ende vielleicht so darstellen, dass Sie sich wundern, was die wirklichen Ursa-

chen sind und welche konkreten Handlungsempfehlungen tatsächlich daraus zu entwickeln sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Hier ist aber weder der Ort noch die Zeit, eine Generaldebatte zu führen. Aus meiner Erfahrung heraus – Herr Thiel hat es bereits angedeutet – werden wir jetzt die Zeit haben, uns analytisch auf den Weg zu machen, um diese Pauschalitäten, die wir uns stellenweise um die Ohren hauen, zu beleuchten und ihnen auf den Grund zu gehen, um am Ende mit einem unverstellten Blick auf die Dinge konkrete Handlungsempfehlungen für Nordrhein-Westfalen bzw. für das Regierungshandeln, aber auch für unsere eigene politische Handlungsweise, zu erarbeiten.

Ich finde diese Antragsidee gut. Sie ist richtig und wichtig. Deshalb stimmen wir selbstverständlich diesem Einsetzungsbeschluss zu. Als anerkannte „Möglichmacherin“ – zumindest hat Herr Kollege Brockes mir diesen Titel verliehen – freue ich mich ganz persönlich auf die Arbeit in dieser Kommission. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beisheim. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Schwerd.

**Daniel Schwerd (PIRATEN):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und am Stream! Mit dem heutigen Antrag lädt uns die Fraktion der FDP dazu ein, eine überfraktionelle Arbeitsgruppe zum Thema „Zukunft des Handwerks“ einzusetzen. Wir nehmen diese Einladung sehr gerne an.

Der sprichwörtliche goldene Boden des Handwerks ist nicht selbstverständlich. Gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Attraktivität, die früher selbstverständlich waren, müssen heute wieder erarbeitet werden. Der goldene Boden des Handwerks muss mit Mikrochips gepflastert werden.

In dem Antrag wurden schon zahlreiche Problemfelder und Chancen aufgezählt, denen sich das Handwerk gegenüber sieht. Es geht um die Sicherung des qualifizierten Nachwuchses, das Bildungssystem und die Energiewende. Weiter geht es um die Digitalisierung, die auch die Berufsfelder im Handwerk stark verändern wird. Wir müssen uns darauf einstellen, dass alte Qualifikationen entwertet und neue nachgefragt werden.

Wir hatten zu dem Punkt „Digitalisierung im Handwerk“ bereits im März einen Entschließungsantrag gestellt und freuen uns, dass die FDP dieses wichtige Thema zu einer der Kernfragen dieser Kommission machen möchte.

Auch auf die Handwerkskammern selbst kommt Änderungsbedarf zu. Wenn sich der Antrag so lesen sollte, als ob das Kammerwesen keine Veränderungen vornehmen müsste, wäre das unserer Meinung nach voreilig. Gleiches sehen wir in Bezug auf den Meisterzwang: Man sollte nicht die Ergebnisse vorwegnehmen. Jedenfalls sollte die Enquete in dieser Hinsicht ergebnisoffen sein.

Wir stimmen der Einsetzung der Enquete gerne zu. Bis der Abschlussbericht der Kommission vorliegt, dürfen wir allerdings nicht in Stillstand verfallen und sollten reformfreudige Handwerkskammern in ihrem Anliegen unterstützen. Zwei Jahre sind eine lange Zeit, in der die Informationsrevolution ungebremsst weitergehen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht in Vertretung des entschuldigenden Ministers Duin Frau Ministerin Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung:** Sehr gerne tue ich das. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Spiecker hat es schon gesagt: Das Handwerk bezeichnet sich zu Recht als „die Wirtschaftsmacht von nebenan“. Überall um uns herum sind wir von Handwerksunternehmen umgeben, welche uns im Alltag ständig mit ihren vielfältigen Leistungen versorgen. Ich finde eigentlich, fast noch besser passt es, zu sagen, dass das Handwerk auch immer mittendrin ist: handfest, pragmatisch und zupackend.

(Beifall von den GRÜNEN)

So ist das Handwerk auch unser Partner, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht. Rund 30 Gewerke sind etwa mit der effizienten Nutzung von Energie und der Energieeinsparung befasst. Die Energiewende würde in den privaten Haushalten und in den Unternehmen ohne das Handwerk weit weniger erfolgreich sein. Das Handwerk steht aber auch vor Problemen, beispielsweise bedingt durch die wiederkehrenden Angriffe auf den Meisterbrief, obwohl dieser Qualifikationsausweis Grundlage der Stärke des Handwerks ist. Hier sind sich zum Glück die Landesregierung und die meisten Fraktionen des Landtags einig darin, diese Angriffe abzuwehren – egal aus welcher Richtung sie kommen.

Meine Damen und Herren, auf andere Herausforderungen müssen wir kluge Antworten finden. Die Felder sind benannt. Dabei geht es zum Beispiel um den demografischen Wandel, der sich in einem Fachkräftemangel, aber auch in Veränderungen im Bildungssystem niederschlägt. Deshalb haben wir beispielsweise die Attraktivität der dualen Ausbildung durch die zum 01.08.2015 verbreiterten Möglichkeiten gesteigert, die Fachhochschulreife zu er-

werben. Außerdem stellen wir weitergehende Überlegungen zum parallelen Erwerb des Abiturs an.

Dies sind sicher wichtige Beiträge, um in der Gesellschaft bewusster werden zu lassen, welche vielfältigen Karrierechancen berufliche Ausbildung bietet. Ich glaube, es ist auch wichtig, immer wieder deutlich zu machen, dass wir hier die verschiedenen Bildungsfelder ausdrücklich nicht gegeneinander ausspielen, sondern vielfältige Möglichkeiten bieten wollen.

Meine Damen und Herren, außerdem befinden wir uns in einem schnell fortschreitenden Digitalisierungsprozess aller Produktions- und Lebensbereiche. Ich glaube, dass das besonders ein Feld für die Enquete ist. Wir wissen noch gar nicht, welche Felder da noch dranhängen und auf welche wir uns da einstellen müssen.

Der Begriff „Industrie 4.0“ steht als konkrete Aufgabe im Raum. Er steht an. Zum Teil befinden wir uns schon in Umsetzungsprozessen, und weitere werden folgen. Diesen Perspektiven muss sich das Handwerk stellen. Hier ist die Politik im Sinne einer flankierenden Unterstützung gefordert.

Die Landesregierung begrüßt die Einrichtung der genannten Enquete und wird sie konstruktiv begleiten, wo immer das gewünscht ist. Das ist ja eine originäre Fragestellung des Parlaments.

Persönlich möchte ich abschließend dem Handwerk noch ein Lob aussprechen. Ich finde, an einer Stelle können wir uns als Politik von dem Handwerk eine Scheibe abschneiden. Das sind die pfiffigen Kampagnen, an denen ich immer meine große Freude habe. Da sage ich nur: Weiter so!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende FDP-Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Zu der kommen wir, und zwar über den Inhalt des Antrags in der vorliegenden Drucksache 16/8652. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 16/8652** vom Landtag Nordrhein-Westfalen einstimmig **angenommen** und diese wichtige Enquetekommission eingesetzt worden ist. Wir wünschen dieser Enquetekommission viel Erfolg und allen beteiligten Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen Freude an der Arbeit.

(Beifall von der FDP)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe auf:

## 5 NRW muss Druck machen – Für eine berufsrechtliche Regelung zur Befreiung von Syndikusanwälten von der gesetzlichen Rentenversicherung

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/8653

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die die antragstellende FDP-Fraktion als erstem Redner Herrn Kollegen Wedel das Wort. Bitte schön, Herr Wedel.

**Dirk Wedel (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Urteile des Bundessozialgerichts vom 3. April 2014 zur Versicherungspflicht von Syndikusanwälten in der gesetzlichen Rentenversicherung haben die gesamte Anwaltschaft tief erschüttert – mit gravierenden negativen Auswirkungen nicht nur für die rund 40.000 Syndikusanwälte und deren Altersversorgung, sondern für den juristischen Arbeitsmarkt insgesamt.

Viele Juristen sprachen von einer Katastrophe und drohenden Spaltung der Anwaltschaft. Der Wechsel von Anwälten aus Kanzleien in Unternehmen und umgekehrt ist seit den Urteilen, also seit einem Jahr, nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Unternehmen werben nunmehr oft vergeblich um hochwertige Rechtsberater mit Erfahrung. Denn für Anwälte aus Kanzleien würde der Wechsel in ein Unternehmen derzeit den Verlust einer lückenlosen Altersversorgung im berufsständischen Versorgungswerk bedeuten, die zudem eine Berufsunfähigkeitsversicherung umfasst.

Andererseits droht beim Wechsel in die Rentenversicherung eine fünfjährige Wartezeit auf einen Anspruch auf Regelalters- und Erwerbsminderungsrente. Ein zusätzlicher Verbleib im Versorgungswerk führt zur finanziellen Doppelbelastung zur Sicherung von Anwartschaften, ein Ausscheiden aus dem Versorgungswerk zum dauerhaften Verlust essenzieller Absicherung.

Gleiches gilt für Syndikusanwälte selbst bei einem Arbeitsplatzwechsel innerhalb der Wirtschaft bzw. gar wesentlichen in ihrem eigenen Unternehmen, weil sie dann den bisherigen Bestandsschutz für die Befreiung, die allein für die bisherige Tätigkeit gilt, verlieren. Auch hier besteht ein massives Markthemmnis. Auch der Status angestellter Rechtsanwälte, die in einem ständigen Beschäftigungsverhältnis zu einer Anwaltskanzlei stehen, war mit einem Mal infrage gestellt.

Die Verunsicherungen in der ganzen Branche wurden noch größer, als im Dezember 2014 verlautbart wurde, dass die DRV auch bei einem Gesellschafter-Partner einer Anwaltspartnerschaftsgesellschaft die Befreiung zurückgestellt habe. Übrigens: Sind sie als Anwalt und zugleich als Steuerberater bei